

Sport und Freizeit / Kinder und Jugendliche:

- *„Was planen Sie im Bezug auf die Jugendarbeit in den jeweiligen Außenbezirken (Bokel, Hörste, Kölkebeck, Hesseln und Künsebeck)? Die meisten Angebote vor Ort beziehen sich meistens auf Kindergarten- und Grundschulkinder; für die Jugendlichen ab 12 aufwärts gibt es meines Wissens nach kaum bis keine Angebote.“*

Antwort:

Nach Neubau des Jugendzentrums an der Alleestr. muss es meines Erachtens zu einer Neujustierung des Angebotes für Jugendliche in Bezug auf vorhandenes Personal und neue Platzverhältnisse kommen. In dem Zuge muss auch die Jugendarbeit in den Ortsteilen überdacht werden. Es ist erforderlich, unter Begleitung von Fachpersonal auch Angebote für Jugendliche direkt in den Ortsteilen zu machen bzw. die aufsuchende Jugendarbeit in die Ortsteile auszuweiten. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten richtet sich dann nach den jeweils möglichen Angeboten.

- *„Wann wird der Sportplatz zu einer modernen Mehrzweckfläche umgebaut?“*

Antwort:

Die Umgestaltung des Sportplatzes zu einer modernen Mehrzweckfläche ist für das Jahr 2021 in Planung. Grund der Zeitplanung ist, dass für die Umgestaltung auch Landeszuschüsse eingesetzt werden sollen, die den finanziellen Eigenanteil der Stadt verringern. Im Moment wird unter Beteiligung des Stadtsportverbandes geprüft, in welcher Höhe bzw. aus welchem Zuschussprogramm Finanzmittel für die Maßnahme zur Verfügung stehen.

Leben im Dorf/ Einkaufen:

- *Welche Unterstützung kann zur Nahversorgung erwartet werden? (Getränke und Lebensmittel)*
- *Die Versorgung älterer, auf Hilfe angewiesene Mitbürgerinnen und Mitbürger hat gerade in den letzten Corona-Monaten weitestgehend durch Nachbarschaftshilfe und einzelner Unterstützungsangebote erfolgen können. Dies hat gezeigt, dass eine Nahversorgung mit den „gängigen Lebensmitteln“ vor Ort in Künsebeck beispielsweise von großem Nutzen für die Anwohner gewesen wäre. Wie können Sie als politische Vertreter diesen Gedanken / Wunsch unterstützen und die Umsetzung ggfs realisieren?*
- *Die Zahnarztpraxis und auch einen Lebensmittelladen brauchten wir hier im Ort.*

(Anmerkung: wieder die Frage nach der Nahversorgung im allg. / auch der Hausarzt wird in Zukunft schließen)

Antwort:

Ich teile die Ansicht, dass die Ansiedlung eines Nahversorgers in Künsebeck nötig ist und aufgrund der Einwohnerzahl auch möglich und wirtschaftlich darstellbar sein muss. Die IGKB hat diesbezüglich eine Bürgeranregung eingebracht, die am 10.06.2020 im Haupt- und Finanzausschuss des Stadtrates beraten worden ist.

Die Stadt hatte bereits ein entsprechendes Grundstück an der Hauptstr. erworben, um einen Nahversorger ansiedeln zu können. Leider hat sich bislang niemand gefunden, der dort investieren wollte. Der Standort erschien potentiellen Investoren nicht groß genug.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat nach seinen Beratungen am 10.06.2020 einstimmig Bestrebungen der Verwaltung unterstützt, die Ansiedlung eines Nahversorgers auf einem Grundstück an der Werkstr. wirtschaftlich und planerisch zu prüfen. Das Prüfungsergebnis steht noch aus. Es besteht daher noch Hoffnung, ggf. an dieser Stelle einen entsprechenden Markt für die Künsebeckerinnen und Künsebecker errichten zu können.

Hinsichtlich der Ärzteversorgung stelle ich fest, dass nach Untersuchungen der Kassenärztlichen Vereinigung das gesamte Gebiet der Stadt Halle (Westf.) als unterversorgt gilt.

Es sind daher erste Schritte vom Rat unternommen worden, um die Situation zu verbessern. Zukünftige Absolventen der medizinischen Fakultät in Bielefeld sollen nach erfolgter Beendigung des Studiums eine Zeit lang in Halle (Westf.) als niedergelassene Ärzte praktizieren. Dazu müssen sie zu Beginn des Studiums eine entsprechende Verpflichtungserklärung gegenüber der Stadt unterzeichnen. Als Gegenleistung für diese Verpflichtung erhalten sie seitens der Stadt eine finanzielle Unterstützung während des Studiums.

Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht meines Erachtens aber nicht aus, den Mangel zu beheben. Es muss unter Darstellung der positiven Standortfaktoren der Stadt (z.B. Verkehrsanbindung, Arbeitsplätze, Kitaplätze, Schulen usw.) aktiv um die Ärzte und ihre Familien geworben werden.

Außerdem hat die CDU einen Antrag gestellt, der auf die Errichtung eines medizinischen Versorgungszentrums in Halle (Westf.) abzielt, in dem Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen Praxen eröffnen können.

Bauen und Verkehr:

- *Wie sehen die weiteren Planungen bzgl. der Kreisstraße aus? Im Zuge der neu entstandenen Umgehungsstraße wurde von „Rückstufung“ der Kreisstraße aber auch von „teilweise“ Beruhigung gesprochen.*
- *Wie stellen Sie sich eine Tempokontrolle auf der K 30 vor?*
- *Der Weg an der Bahn entlang, von der Kreisstraße bis zur Neulehenstraße, müsste gefestigt werden.*
- *Die Kreisstraße müsste ruhiger werden, die LKWs und auch die Trecker halten sich nicht an die Geschwindigkeit.*
- *Nach dem Bau der A 33 stellt sich die Frage nach dem Rückbau der B 68.*
- *Wie stellen Sie sich die Leitung des Verkehrs nach Öffnung des Hengebergs vor?*

Antwort:

Die Situation auf der Kreisstraße ist in der Tat unbefriedigend sowohl hinsichtlich des hohen Verkehrsaufkommens als auch der zu hohen Geschwindigkeiten. Im Moment kommt noch erschwerend die Sperrung des Künsebecker Weges hinzu, der zu Umleitungsverkehren führt. Hierdurch wird jedoch deutlich, dass jede Beeinträchtigung der Durchgängigkeit einer Straße (z.B. Rückbau, Geschwindigkeitsreduzierungen usw.) zu Verdrängung der Verkehre in andere Bereiche führt, da sich der Verkehr nicht reduziert, sondern nur verlagert. Dies führt dann zu neuen Betroffenen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass bei den genannten Straßen die Missstände nur behoben werden können, wenn eine Gesamtbetrachtung der Verkehrssituation bzw. der Verkehrsflüsse erfolgt und nicht nur einzelne Straßen- oder Straßenabschnitte in den Blick genommen werden.

Die CDU fordert ein Gesamtverkehrskonzept. Diese Forderung gilt natürlich auch für die Ortsteile und damit auch für Künsebeck. Ziel ist es, Verbesserungen für Anlieger, Verkehrsteilnehmer und ggf. Gewerbebetriebe und Einzelhändler zu erzielen.

Eine wirksame Tempokontrolle kann nur durch eine größere Präsenz der Polizei und verstärkte „Blitzerkontrollen“ des Kreises Gütersloh erreicht werden.

Die Forderung nach der Befestigung des Weges entlang der Bahn zwischen Kreisstraße und Neulehenstraße deckt sich mit meinem Ziel und dem Ziel der Kommunalpolitik in der Stadt, eine durchgängige Rad-/Gehwegfläche entlang der Bahn zu schaffen. Leider sind dafür gewisse technische Regelbreiten vorgeschrieben, die hier bislang aufgrund von Grunderwerbsproblemen nicht realisiert werden können.

Bürgerbeteiligung:

- *Wie stellen Sie sich eine Einbeziehung der Anwohner und Bürger in Bau- und Verkehrsfragen vor. Stichwort Bürgerbeteiligung vor Ort.*
- *Bessere Informationen für Betroffene. Anlieger sind erforderlich bei Bauvorhaben, wie stellen Sie sich das vor im Rahmen von Bürgerinformation?*
- *Wie gehen Sie demnächst mit den vielfältigen Anforderungen und Anfragen der Bürger*innen um?*
- *Wie stellen Sie sich „Kurze-Wege-Kommunikation“ vor? Wird es sowas wie einen digitalen Stadtmessenger geben?*
- *Wie schnell denken Sie, wollen bzw. können Sie reagieren auf Anfragen?*
- *Wie kann der Bürger Sie konkret erreichen?*

Antwort:

Die stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse und ein optimaler Informationsfluss zwischen Bürgermeister, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern ist mir sehr wichtig.

Um das zu erreichen, verfolge ich unterschiedliche Ansätze:

Sicherlich ist es zukünftig zur Berücksichtigung aller Bevölkerungsgruppen notwendig, zu Anliegerversammlungen und Bürgerworkshops einzuladen. Es geht dabei darum, Informationen weiterzugeben, Sachverhalte zu bewerten und zu diskutieren oder auch die Bürgerinnen und Bürger konkret durch Vorschläge an der Gestaltung ihres Umfeldes zu beteiligen. Dies muss frühzeitig erfolgen, um nicht aus Zeitgründen diese wichtige Teilhabe der Bürgerschaft einzuschränken.

Die vielfältigen Anforderungen und Anfragen der Bürgerinnen und Bürger werde ich demnächst erst einmal wertfrei aufnehmen, um sie dann sachlich bezogen auf die angedachte Maßnahme bzw. den zu regelnden Sachverhalt zu werten.

In der Funktion des Bürgermeisters können mich die Bürgerinnen und Bürger dazu persönlich im Rathaus ansprechen. Um diese wichtige Art der Kontaktaufnahme ter-

minlich zu bündeln, werde ich zudem auch regelmäßig Bürgersprechstunden im Rathaus bzw. vor Ort anbieten.

Es wird außerdem ein digitales Bürgerportal geben, das unter anderem auch die Möglichkeit einer digitalen Kontaktaufnahme zur Verwaltung eröffnet.

Zudem werde ich ein Beschwerdemanagement einrichten, welches sicherstellt, dass Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern zeitnah bearbeitet und beantwortet werden.

Eine Eingangsbestätigung innerhalb von 2 Tagen nach Eingang von Anfragen sollte selbstverständlich sein. Die konkrete Zeitdauer der abschließenden Beantwortung kann nicht generalisiert festgeschrieben werden. Sie richtet sich nach dem Umfang der für die Beantwortung notwendigen Recherche, Verfügbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Beteiligung weiterer Behörden, gesetzlicher Notwendigkeit von Beratung in den kommunalen Ausschüssen usw..

Bei Fragen und Anregungen können die Bürgerinnen und Bürger mich zurzeit wie folgt erreichen:

E-Mail: t.tappe@cdu-hallewestfalen.de

Tel.: 05201/668389

Mobil: 0172-4286998